

31. Mai 2017, von Michael Schöfer Welch unglaublicher Zynismus...

...welch schauderhafte Menschenverachtung:

- Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken (November 2016): "Eine Verschlechterung der Sicherheitslage im gesamten Land kann nicht bestätigt werden. Afghanischen Angaben zufolge gelingt es den afghanischen Sicherheitskräften, die meisten urbanen Zentren - darunter fällt die Mehrzahl der Provinzhauptstädte, in denen etwa zwei Drittel der afghanischen Gesamtbevölkerung wohnen - zumindest ausreichend zu kontrollieren." Kommentar von Ulla Jelpke (Die Linke): "Der Versuch der Bundesregierung, sich die Sicherheitslage in Afghanistan schönzureden, ist erbärmlich."
- Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) in den ARD-Tagesthemen am 20.02.2017: "Die Sicherheitslage ist kompliziert, aber es gibt sichere Orte. Sichere Gebiete gibt es im Norden, auch in Teilen Kabuls." Die "normale Bevölkerung" sei zwar Opfer, aber nicht Ziel der Taliban. "Das ist ein großer Unterschied." Welch ein Trost: Man ist zwar tot, aber aus anderen Gründen.
- Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) im Deutschlandfunk am 22.02.2017: "Es gibt Millionen Menschen in Afghanistan, die normal leben." Vermutlich hat Altmaier das so gemeint: In gewisser Weise sind Bombenanschläge dort normal.
- Tagesschau vom 31.05.2017: "Bei der Detonation einer Autobombe in der afghanischen Hauptstadt Kabul wurden nach Angaben der afghanischen Regierung insgesamt mindestens 90 Menschen getötet und mehr als 400 verletzt." Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich bestürzt: "Meine Gedanken und meine Anteilnahme gelten den Opfern dieses Anschlags und ihren Familien. In Momenten wie diesen wird uns einmal mehr klar: Der Terrorismus kennt keine Grenzen. Er zielt auf uns alle - ob in Manchester oder Berlin, Paris, Istanbul, Sankt Petersburg oder heute Kabul." Blablabla... Abgeschoben wird trotzdem, die Abschiebungen nach Afghanistan sind lediglich ausgesetzt, sie werden später nachgeholt. Bundesinnenminister Thomas de Maizière: "Nach dem Anschlag in Kabul gibt es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Botschaft Wichtigeres zu tun als diese organisatorische Maßnahme." Die Bundesregierung sehe im Übrigen keinen Grund für eine Neubewertung.